



Bayerischer Bauernverband · Ignaz-Kiechle-Straße 22 · 87437 Kempten

Herrn
Staatsminister Dr. Marcel Huber
Bayerisches Staatsministerium
für Umwelt und Verbraucherschutz
Rosenkavalierplatz 2
81925 München

Ansprechpartner: Geschäftsstelle Kempten
Telefon: 0831 70491-0
Telefax: 0831 70491-119
E-Mail: Kempten@
BayerischerBauernVerband.de
Datum: 12.09.2018

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
E/M/Wo

Offener Brief – Aufforderung zum sofortigen behördlichen Handeln

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Huber,

im Allgäu sind in der letzten Zeit wiederholt Nutztiere von einem Wolf gerissen worden. Teilweise fanden die Risse unweit von Häusern oder angrenzend an sehr stark genutzte Wanderwege statt. Laut Expertenaussagen, teilweise auch von Vertretern aus Behörden, die Ihrem Ministerium unterstellt sind, sei eine Wolfssichtung durch den Menschen extrem unwahrscheinlich, da es sich hierbei im Normalfall um ein sehr scheues Raubtier handle. Dem widersprechen im vorliegenden Fall zahlreiche Wolfssichtungen durch Wanderer, Alpirten, Touristen und Jäger. Tatsächlich scheint der im Allgäu umherstreifende Wolf bereits die von den Experten stets unterstellte Scheu vor dem Menschen weitgehend verloren zu haben.

Neben den Rissen kommt es durch die Anwesenheit dieses Raubtieres vermehrt zur Beunruhigung von Nutztierherden. Dabei kam es bereits zu Abstürzen, in deren Folge Rinder so erheblich verletzt wurden, dass sie von ihren Leiden erlöst werden mussten.

Auch unter den Touristen führt die offensichtliche Wolfspräsenz zu Verunsicherungen, offenen Fragen und erheblichen Bedenken.

.../2

Ganz offensichtlich handelt es sich hier um einen sog. „Schadwolf“, der gelernt hat, Rinder anzugreifen und auch erfolgreich zu reißen.

Wir fordern deshalb eindringlich, dass die Politik im Zuge eines verantwortungsvollen Handelns umgehend eine Entnahme des Tieres veranlasst. Die ausführliche Begründung und die rechtliche Würdigung sind in einem beigelegten Schreiben an die Regierung von Schwaben zusammengefasst.

Die derzeitige Verhaltensweise der zuständigen Behörden steht im krassen Widerspruch zu den verschiedenen öffentlichen Aussagen und Stellungnahmen der in der Verantwortung stehenden politischen Vertreter in den letzten Monaten. So hat unser Ministerpräsident, Dr. Markus Söder, mehrfach, jüngst am Rande der Unterzeichnung des Eigentumspaktes in der Staatskanzlei, den Schutz der Weidetierhaltung als vorrangig vor der Wiederansiedlung des Wolfes erklärt. Entsprechende Aussagen wurden auch von Vertretern der bayerischen Staatsregierung und Ihnen als mit der Sache vertrautem Umweltminister getätigt. Dieses öffentliche, politische Bekenntnis begrüßen wir.

Nachdem jetzt die Einschätzung aller Praktiker vor Ort durch entsprechende DNA-Nachweise, dass es sich um einen Wolf handelt, klar bestätigt wurde, fordern wir nun auch ein entsprechendes Verwaltungshandeln unter politischer Vorgabe ein. Ein „Spielen auf Zeit“, in der Hoffnung, dass sich das Problem durch den baldigen Alpabtrieb von selbst erledigen werde, wird der hohen Verantwortung von Politik und Verwaltung in keiner Weise gerecht.

Das Problem wird sich durch die Verlagerung der Tierhaltung von den Alpen auf die Talbetriebe nicht verringern, im Gegenteil. In den nächsten Wochen werden mehrere zehntausend Weidetiere auf die Talbetriebe zurückkehren. Diese werden, wie es von Politik und Gesellschaft gewünscht ist, von den Bauernfamilien bis zum Einbruch des Winters größtenteils auf der Weide gehalten. Das bedeutet, dass sich die Gefahr von Wolfsangriffen mitnichten verringern wird.

Wir weisen deshalb eindringlich darauf hin, dass eine Fortführung der bisherigen „behördlichen Taktik“, die Bauern mit nachweislich wirkungslosen Herdenschutzmaßnahmen zu beschäftigen, um keine wirklichen Entscheidungen treffen zu müssen, zwangsläufig zu einer erheblichen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit führen wird.

Es ist zu befürchten, dass in Angst um ihr Leben flüchtende Tiere, die auf abgelegenen Weiden bisher „nur“ zu Tierschäden führten, in dicht besiedelten und von unzähligen öffentlichen Straßen durchzogenen Tallagen auch schwerwiegende Folgeschäden bis hin zu Personenschäden verursachen könnten. Von der nicht geklärten Haftungsfrage ganz zu schweigen. Diese weisen wir als mögliche Betroffene hiermit nachdrücklich von uns.

Behörden und Politiker müssen jetzt ihrer hohen Verantwortung nachkommen. Es für uns nicht hinnehmbar, nachvollziehbar und akzeptabel, dass unsere Region weiterhin dem Treiben dieses Schadwolves mit enormem Schadpotential ausgesetzt werden soll.

Im Interesse der gesamten Region fordern wir Sie deshalb nochmals nachdrücklich auf, entsprechende behördliche Maßnahmen zur Entnahme des Schadwolves zu veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen



Alfred Enderle, Bezirkspräsident

- für die betroffenen Unterzeichner -
(siehe Unterschriftenlisten)